

European Business School: wer hat, dem wird gegeben!

Die Fakten:

- Die European Business School, abgekürzt EBS, ist eine private Hochschule für Betriebswirtschaftslehre. Seit Gründung der juristischen Fakultät im Juni 2010 („Law School“) nennt sie sich „EBS Universität für Wirtschaft und Recht“.
- Nicht das Land Hessen trägt die EBS, sondern eine Stiftung, in die zahlreiche große transnationale Konzerne Gelder fließen lassen, um sich ihr künftiges Personal heranzuziehen. Ihre Vorstandsmitglieder dominieren den Stiftungsrat, in dem auch der Wiesbadener OB Dr. Helmut Müller (CDU) und Florian Rentsch (FDP) sitzen.
- Seit 1980 hat die EBS ihren Sitz im Schloss Reichartshausen in Oestrich-Winkel, 2005 eröffnete sie eine Zweigniederlassung in Schierstein, im Juni 2010 zog sie als Mieterin ins Atriumhaus nahe dem Hauptbahnhof in Wiesbaden ein. Dieses hatte die Stadt zuvor für 8,6 Millionen Euro erworben und saniert.
- Ab September 2011 will die EBS 120 Studienplätze für Rechtswissenschaften anbieten. Vier Jahre Studium bis zum Bachelor sollen 50.000 Euro kosten. Langfristig sollen 800 Studien- und 250 Arbeitsplätze in der EBS an der Moritzstraße entstehen. Ob Vermieter und Geschäfte im Viertel davon profitieren werden, bleibt abzuwarten: sicher für die Anwohner ist nur eine mehrjährige Großbaustelle.
- Dank einer großzügigen „Anschubfinanzierung“ durch das Land Hessen von insgesamt 24,7 Millionen Euro kaufte die EBS das Gerichtsgebäude im Karrée Moritzstraße-Gerichtsstraße-Oranienstraße-Albrechtstraße. Das Land Hessen übernimmt auch die Kosten für Abriss- und Sanierungsarbeiten.
- Die Fraktionen der CDU, der FDP und der Grünen stimmten im Mai 2009 für einen Neubau der „Law School“ der EBS an der Moritzstraße und sagten 10 Millionen Euro „zur Sanierung des Landgerichts“ zu. CDU und FDP rechtfertigen diese 8-stellige Ausgabe öffentlicher Mittel als „Quartiersförderung“. Besonders die FDP und ihr nahestehende Gewerbetreibende in der Moritzstraße träumen von einer „Aufwertung“ des Stadtteils und „Impulsen für den Wohnungsmarkt“ – gemeint sind wohl Chancen für höhere Mieteinnahmen. Auch die Grünen-Fraktion im Stadtparlament steht zu dem zu „Jamaika“-Zeiten gefassten 10-Millionen-Beschluss.
- Unter dem EBS-Neubau ist eine Tiefgarage geplant. Eine Ebene mit 133 Stellplätzen kostet nach Berechnungen des Hessischen Finanzministeriums 7 Millionen Euro. Zwei Ebenen zahlt das Land. Obwohl mit Steuergeldern finanziert, will EBS-Präsident Jahns keinen einzigen Stellplatz auch nur über Nacht an die Anwohner abgeben, wie es die SPD vorgeschlagen hat. CDU und FDP wollen über die bereits zugesagten 10 Millionen hinaus noch 7 Millionen Euro in eine dritte Parkebene stecken. Die SPD vermutet dabei zu Recht eine „Quersubventionierung“, will aber am 11.11. dem Bebauungsplan zustimmen, wenn die EBS auf die 2009 zugesagten 10 Millionen Euro verzichtet.

Gute Bildung für alle statt Millionen für Privat-Uni

Wiesbadener Schüler und die Studierenden der Hochschule RheinMain müssen unter wesentlich schlechteren Bedingungen lernen als die EBS-Student/-innen – die Begründung: für Sanierung der Gebäude, mehr Computerarbeitsplätze, bessere Bibliotheken und mehr Lehrpersonal zur dringend nötigen Verkleinerung der Klassen ist kein Geld vorhanden.

Was für die Allgemeinheit gilt, muss deswegen bei den Regierenden in Stadt und Land nicht für die eigene Klientel gelten: Für die haben CDU, FDP und die Grünen rund 50 Millionen Euro an Fördergeldern übrig: für den Ausbau der privaten Hochschule European Business School (EBS).

Ihren Platz finden soll die neue juristische Fakultät „Law School“ im ehemaligen Gerichtsgebäude in der Wiesbadener Moritzstraße – allein 10 Millionen Euro ist es der Stadt wert, dass sich mit der Ansiedlung der neuen die private Hochschule dann „EBS Universität für Wirtschaft und Recht“ und Wiesbaden Universitätsstadt nennen darf.

Die offizielle Begründung für den Millionenzuschuss durch CDU, FDP und Grünen im Stadtparlament lautet indes anders: Dort ist von der Aufwertung des Quartiers rund um das ehemalige Gerichtsgebäude in der Moritzstraße die Rede. Aber worin besteht denn der Nutzen für Geschäftsinhaber und Anwohner wenn sich in ihrer Nachbarschaft der Nachwuchs der europäischen Geld-Elite an 800 Studienplätzen für seine Karriere im internationalen Management ausbilden lässt? Dass er oder sie in der Moritzstraße shoppen geht und die Umsätze der Geschäfte in ungeahnte Höhen treibt? Oder Studierende sich zum Ausspannen gleich dutzendweise in einem der zahllosen Straßencafés niederlassen? Und selbst wenn Herr und Frau Nobelstudent dies tun würden und ihre Studienpause dort und nicht in ihrem stylischen Café auf dem Campus verbringen würden: Wie viele Latte Macchiato müssten EBS-Studenten in Wiesbaden trinken, damit sich das investierte Geld für die BürgerInnen dieser Stadt auszahlt?

Denn mit einem Zuschuss von 10 Millionen Euro hat es die Stadt nicht bewenden lassen. Um es den Entscheidungsträgern der EBS noch leichter zu machen, sich in Wiesbaden niederzulassen, hat die Stadt der EBS bis zur Fertigstellung des neuen Domizils 2013 auch noch ein bisher leerstehendes Bürogebäude gekauft, es aufwändig saniert und der EBS zur Verfügung gestellt. Kostenpunkt: 8,6 Millionen Euro. Ob die Stadt das Gebäude nach dem Umzug jemals wieder wird kostendeckend verkaufen können, steht in den Sternen.

DIE LINKE fordert daher

- **keinen Cent aus öffentlichen Mitteln für die EBS bereitzustellen**
- **Schulen und Kindergärten zügig zu sanieren**
- **Personal in Kitas aufzustocken und besser zu bezahlen**
- **es beim Bau von zwei Parkdecks unter dem Neubau zu belassen und beide an Anwohner/-innen von 18 Uhr bis 8 Uhr zu vermieten.**